

KW 18

Aus der Fraktion

Kampagne zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen

Hagemeier/Sonne: Wir wollen Barrieren abbauen

Mindestens fünf Prozent der Neueinstellungen in der Landesverwaltung sollen künftig Menschen mit Behinderungen sein. Das ist Teil des gemeinsamen Antrags von CDU und Grünen „Für eine barrierefreie Zukunft – Kampagne zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen“, den der Landtag am heutigen Freitag beschlossen hat – der erste Antrag, der auch in leichter Sprache eingebracht wurde.

Insgesamt leben in Nordrhein-Westfalen rund 1,9 Millionen Menschen mit Behinderungen. Sie treffen in ihrem Alltag auf unterschiedlichste Schwierigkeiten. Besonders auf dem Arbeitsmarkt darf es keine Hindernisse geben, die Menschen mit Behinderungen und Arbeitgeber von einer Beschäftigung abhalten.

Dazu erklärt **Daniel Hagemeier**, Beauftragter für Menschen mit Beeinträchtigungen der CDU-Landtagsfraktion: „Der 5. Mai ist der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Ich freue mich deshalb, dass wir gerade heute unserem Ziel, die Gleichstellung aller Menschen in unserem Land voranzubringen, mit unserem Antrag näherkommen können. In der Praxis ist es besonders die gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Teilhabe am Arbeitsmarkt, die für Menschen mit Behinderung eine Herausforderung darstellt. Die öffentliche Hand als Arbeitgeber hat dabei eine besondere Vorbildfunktion. Die Forderungen unseres Antrags tragen dem Rechnung. Das gilt gleichermaßen für die freie Wirtschaft, die ebenfalls in der Pflicht ist, Barrieren abzubauen. Um Barrierefreiheit und Inklusion gerecht zu werden, werden wir einen interministeriellen Ausschuss unter Führung des für Inklusion zuständigen Ministeriums errichten, der diese Themen als Schnittstelle für alle Bereiche behandelt. Solidarität und Mitmenschlichkeit machen unsere Gesellschaft und jeden einzelnen von uns reicher und stärker.“

Dennis Sonne, Sprecher für Inklusion der GRÜNEN Landtagsfraktion, ergänzt: „Ich freue mich ganz besonders darüber, dass dies der erste Antrag der Parlamentsgeschichte ist, der von uns in leichter Sprache eingebracht wurde. Von leichter Sprache profitieren nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch ältere Menschen, Zugewanderte sowie Kinder und Jugendliche. Wir müssen bei uns selbst anfangen, denn auch Politik und die Sprache von Politikerinnen und Politikern ist für viele Menschen oft unverständlich und voller Barrieren. Als schwarz-grüne Koalition ist es unser Ziel, für mehr Barrierefreiheit zu sorgen, daher wollen wir in dieser Legislaturperiode eine ganze Reihe von Initiativen und Maßnahmen anstoßen oder umsetzen. So

wollen wir beispielweise mit einer Kampagne zur Einstellung von Menschen mit Behinderungen auf dem Allgemeinen Arbeitsmarkt Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber beraten und ein Landesantidiskriminierungsgesetz auf den Weg bringen. Wir sind uns bewusst, dass es bis zu einer umfassenden Barrierefreiheit von Menschen mit Behinderungen noch ein sehr weiter Weg ist. Für die Zukunftsfähigkeit einer modernen, demokratischen und inklusiven Gesellschaft werden wir diese Aufgabe Schritt für Schritt angehen.“

Gemeinsame Presseerklärung von CDU, Grünen und FDP

Wir stärken den Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen

Der Kinderschutz ist in den vergangenen Jahren in Nordrhein-Westfalen in den Vordergrund gerückt. Im Jahr 2022 wurde das erste und bundesweit stärkste Landeskinderschutzgesetz beschlossen und damit ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Strukturen des Kinderschutzes in NRW gegangen. Mit der Stelle für einen unabhängigen Beauftragten oder eine Beauftragte für die Belange von Kinderschutz und Kinderrechte in Nordrhein-Westfalen wollen wir den Kinderschutz in NRW weiter stärken. Zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, GRÜNEN und FDP zur Einrichtung dieser Stelle erklären **Christina Schulze Föcking**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU, **Norika Creuzmann**, Sprecherin für Kinder- und Jugendschutz der GRÜNEN Landtagsfraktion, und **Marcel Hafke**, Parlamentarischer Geschäftsführer und Sprecher für Familie, Kinder und Jugend in der FDP-Fraktion:

Christina Schulze Föcking: „Wir wollen den Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen umfassend und ganzheitlich weiter stärken. Das haben wir in der vergangenen Legislaturperiode versprochen, und das setzen wir jetzt mit unserem Antrag um. In den vergangenen Jahren haben wir bereits sehr gute Strukturen in Nordrhein-Westfalen im Kinderschutz geschaffen, zum Beispiel die Einrichtung der bundesweit ersten Landesfachstelle Prävention sexualisierte Gewalt, die Kinderschutzkommission als Interessenvertretung für alle Kinder und Jugendliche im Landtag oder die Beauftragte für den Opferschutz des Landes NRW, die wir auch weiterentwickeln wollen. Die jetzt neu zu schaffende Stelle soll sich hier sinnvoll einfügen und eine weitere wichtige Anlaufstelle für Fachkräfte werden.“

Norika Creuzmann: „Kinder haben Rechte! Nicht allen ist das bewusst und nicht jeder achtet sie. Das sehen wir dann in der bittersten Form, wenn das Wohl von Kindern gefährdet ist, wenn sie sexualisierte, physische oder psychische Gewalt erfahren. Deswegen wollen wir die Stelle einer oder eines unabhängigen Beauftragten für die Belange von Kinderschutz und Kinderrechten einrichten. Es braucht eine gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung für Kinderschutz und Kinderrechte und einen konzentrierten Blick darauf, wo Lücken bestehen. Mit der Stelle wollen wir diese wichtigen Themen noch weiter stärken.“

Marcel Hafke: „Wir haben das Kinderschutzgesetz mit einem klaren Bekenntnis verabschiedet: Die Verbesserung des Kinderschutzes ist ein andauernder Prozess. Es gilt stetig zu überprüfen, an welchen Stellen können wir noch nachjustieren und welche Schritte können als nächstes folgen. Mit dem Landesbeauftragten für Kinderschutz geht Nordrhein-Westfalen den nächsten logischen Schritt. Ein Schritt, den wir bereits lange diskutieren und bei dem wir uns einig sind, dass er sinnvoll und richtig ist.“

Britta Oellers (CDU) und Arndt Klocke (Grüne)

Schwarz-Grün will Menschen aus der Einsamkeit holen

Einsamkeit betrifft alle Generationen und Menschen in allen Lebenslagen und ist eine wachsende Herausforderung in unserer Gesellschaft. Die Zahl der Menschen in Nordrhein-Westfalen, die unter chronischer Einsamkeit leiden, hat während der Pandemie zugenommen. Einsamkeit ist keine Krankheit, aber sie kann krank machen. Deshalb ist es wichtig, die Stigmatisierung abzubauen und das Thema öffentlich anzusprechen, wie es bereits Ministerpräsident Hendrik Wüst getan hat. Hinzuschauen, wie es der oder dem anderen geht und aufeinander achtzugeben, auch dafür steht die Zukunftscoalition von CDU und GRÜNEN und hat für das Plenum einen umfangreichen Antrag mit konkreten Maßnahmen gegen Einsamkeit in den Landtag eingebracht. Dazu die CDU-Abgeordnete Britta Oellers und der Sprecher für mentale Gesundheit der GRÜNEN Fraktion, Arndt Klocke:

Britta Oellers (CDU): „Einsamkeit ist auch in einer vernetzten Welt allgegenwärtig, Menschen brauchen reale andere Menschen, deshalb kann sozialer Isolation auch nur vor Ort wirksam begegnet werden. Ehrenamtlich Tätige sind ein wichtiger Faktor bei der Bekämpfung von Einsamkeit. Ihrer Arbeit haben wir es zu verdanken, dass viele Menschen in unserer Gesellschaft nicht einsam sind und werden. Das Handeln der vielen Engagierten, die in den Städten, Gemeinden und Quartieren Einsamkeit aufbrechen, braucht und verdient unsere politische Unterstützung und zentrale Koordination. Wir möchten diesen Einsatz künftig besonders fördern.“

Arndt Klocke (GRÜNE): „Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die unter Einsamkeit und Depressionen leidet, steigt stetig an. Uns ist es wichtig, den Ursachen auf den Grund zu gehen und daraus gezielte Maßnahmen abzuleiten. Deshalb wollen wir, dass dies mit einer Studie gründlich untersucht wird und Strategien zur Prävention und Bekämpfung entwickelt werden. Wir wollen in der Schule, in Vereinen und später in der Uni oder in der Ausbildung Kinder und Jugendliche fit machen, Einsamkeit vorzubeugen oder zu bekämpfen, soziale Kontakte zu stärken und auf ihre mentale Gesundheit zu achten.“

Hintergrund: CDU und GRÜNE werden den ehrenamtlichen Einsatz zur Bekämpfung von Einsamkeit weiter stärken und den Ehrenamtlichen konkrete Unterstützung zu-

kommen lassen. Bei der Prävention von Einsamkeit müssen wir schon ganz früh anfangen und Kindern und Jugendlichen das Wissen vermitteln, um Resilienz gegen Einsamkeit aufbauen zu können. Wir werden eine Strategie zur Einsamkeitsbekämpfung und -prävention erarbeiten unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten und Bündelung von Best-Practice-Beispielen. Dazu stehen wir im engen Dialog mit dem Bund und den anderen Bundesländern. Wir bitten die Landesregierung, einen Aktionsplan gegen Einsamkeit mit konkreten Maßnahmen zu erstellen und eine Einsamkeitskonferenz mit den Beteiligten und Betroffenen einzuberufen. Zudem soll eine Studie in Auftrag gegeben werden, die den Anstieg von Einsamkeit bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen untersucht, um dazu gezielt früh wirksame Strategien zur Prävention zu entwickeln.

Zimmermann/Goeken: Fachkräfteoffensive im Handwerk und Mittelstand

Als schwarz-grüne Koalition haben wir das Ziel, Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen. Um den Transformationsprozess voranzubringen, braucht es Fachkräfte. Mit dem am Mittwochabend beschlossenen gemeinsamen Antrag „Arbeits- und Fachkräfteoffensive – Herausforderungen der Energiewende mit den Potenzialen des handwerklichen und des industriellen Mittelstands begegnen“ wollen wir die Rahmenbedingungen zur Fachkräftesicherung im Handwerk und Mittelstand weiter verbessern. Dazu erklären **Marc Zimmermann**, Sprecher für Handwerk und Mittelstand der GRÜNEN Landtagsfraktion, und **Matthias Goeken**, Beauftragter für das Handwerk der CDU-Fraktion:

Marc Zimmermann: „Wir wollen die Energie-, Bau-, Mobilitäts-, und Wärmewende gestalten, dafür brauchen wir gut ausgebildete Fachkräfte. Sie sind für die Umsetzung dieser Transformationsprozesse unabdingbar: Sie installieren Solaranlagen oder Pelletheizungen, bauen Windenergieanlagen oder zeigen neue Wege der Energieeffizienz im Gebäudemanagement auf. Da der Fachkräftemangel allgegenwärtig ist, brauchen wir eine Fachkräfteoffensive im Handwerk und Mittelstand – wir wollen alle Potenziale ausschöpfen und inklusiv denken. Unabhängig von Herkunft, Geschlecht und schulischer Bildung – alle werden gebraucht, um die Aufgaben von Morgen zu bewältigen.

Dafür wollen wir die Ausbildung in Handwerk und Mittelstand attraktiver machen. Dazu gehören unter anderem bessere Rahmenbedingungen, eine echte Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung, die Absicherung kleiner Fachklassen in den Berufsschulen und -kollegs sowie eine zeitgemäße Ausstattung der Bildungseinrichtungen. Zudem wollen wir das Matching Ausbildungsinteressierter mit Betrieben optimieren und weiterentwickeln. Aber auch die Zuwanderung von Arbeits- und Fachkräften muss ebenso in den Fokus genommen werden, wie die Entlastung der Betriebe von überbordender Bürokratie.“

Matthias Goeken: „Wir brauchen einen starken handwerklichen und industriellen Mittelstand. Das Handwerk ist das Rückgrat der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und spielt bei der Fachkräftesicherung eine große Rolle. Bei einigen Leistungen liegt die Wartezeit mittlerweile bei 10 bis 14 Wochen oder länger. Die Ursache hierfür liegt ganz klar beim Fachkräftemangel – und auch andere Branchen leiden unter diesem Problem. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber auf Ausbildungsstellen nimmt weiter ab. Wir setzen uns dafür ein, dass sich wieder mehr Menschen für eine Ausbildung entscheiden. Berufliche und akademische Bildung müssen gleichwertig sein. Es muss mehr Qualifizierung und Weiterbildung geben. Wir können Fachklassen in Handwerks- und Industriebereichen absichern, indem wir ihre Mindestgrößen anpassen. Wichtig ist auch, dass eingewanderte Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Lage sind, eine Ausbildung beginnen zu können und dass die Anwerbung und Integration von Arbeits- und Fachkräften leichter wird.“

Laut einer Studie werden Frauen und Männer unterschiedlich benotet
Erwin/Hanses: Mehr Prüferinnen im juristischen Staatsexamen in Nordrhein-Westfalen

Frauen werden in der mündlichen Examensprüfung schlechter benotet als Männer – vor allem, wenn die Prüfungskommission nur aus Männern besteht. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Geschlechts- und Herkunftseffekte bei der Benotung juristischer Staatsexamen“, die das NRW-Justizministerium in Auftrag gegeben hat. Demnach fällt die mündliche Note für Frauen im Schnitt 2,4 Prozent schlechter aus als die anonyme schriftliche Prüfung. Im Vergleich zweier Prüflinge, die im schriftlichen Teil eine identische Note bekamen, erreicht die Frau im Schnitt ein um 0,2 Notenpunkte schlechteres Ergebnis in der mündlichen Prüfung als der Mann. In den Prüfungskommissionen der mündlichen Prüfungen soll es deshalb mehr Frauen geben. Darauf haben sich CDU und Grüne in Nordrhein-Westfalen in ihrem Koalitionsvertrag geeinigt. Für das Plenum brachten die Fraktionen einen [Antrag](#) ein, dass die Landesregierung für die Gewinnung von mehr Prüferinnen werben und jede Prüfungskommission der juristischen Staatsexamen mit mindestens einer Frau besetzen soll.

„Das Bestehen und die Note des Staatsexamens sind ein wichtiger, wenn nicht sogar der prägende Part für die Karriere von Juristinnen und Juristen. Anders als in anderen Studiengängen entscheidet die Note maßgeblich über den Zugang zu bestimmten Berufsfeldern“, erklärt Angela Erwin, rechtspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen. „Umso wichtiger ist es, dass bei dieser Prüfung Chancengleichheit bestmöglich gewährleistet ist. Mit unserem Antrag wollen wir die Benotungs-Lücke schließen und der Chancengleichheit auch bei mündlichen Prüfungen einen Schritt näher kommen.“

Dagmar Hanses, rechtspolitische Sprecherin der GRÜNEN Fraktion, betont: „Die Ergebnisse der Studie haben Handlungsbedarf aufgezeigt. Es darf nicht sein, dass Frauen in der mündlichen Examensprüfung schlechtere Chancen als Männer haben. Diese Benachteiligung wollen wir abschaffen. Daher wollen wir dafür sorgen, dass künftig möglichst jede Prüfungskommission mit mindestens einer Frau besetzt wird.“

Aus der Landesregierung

Umweltministerium legt Luftqualitätsbilanz 2022 vor

Minister Krischer: Umweltschutz ist Gesundheitsschutz – wir werden die Schadstoffbelastungen in Nordrhein-Westfalen weiter reduzieren müssen

Die Schadstoffbelastung der Luft ist in Nordrhein-Westfalen auch im vorigen Jahr auf einem vergleichbaren Niveau wie im Jahr 2021 geblieben und bestätigte damit die insgesamt positive Entwicklung der vergangenen Jahre. Die Grenzwerte für Stickstoffdioxid (NO₂) und für Feinstaub (PM₁₀ und PM_{2,5}) wurden bis auf eine Ausnahme an allen Probenahme-Stellen eingehalten. Das zeigen die Auswertungen der Messdaten aus dem Jahr 2022 des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV). „Dass wir heute in Nordrhein-Westfalen die geltenden Grenzwerte mit Ausnahme einer Messstation für NO₂ einhalten, ist das Ergebnis einer ambitionierten und jahrzehntelangen Umweltpolitik zum Schutze der Menschen“, sagte Umweltminister Oliver Krischer bei der Vorlage der „Luftqualitätsbilanz 2022“.

Noch 2016 wurde an 60 von damals 127 Messstellen der Grenzwert für die mittlere Jahresbelastung mit Stickstoffdioxid nicht eingehalten. Im vergangenen Jahr wurde der Grenzwert für NO₂ einzig an einer Probenahme-Stelle an der Kruppstraße in Essen in direkter Nähe zur Autobahn A40 weiterhin überschritten. „Umweltschutz ist Gesundheitsschutz: Luftschadstoffe gefährden die Gesundheit der Menschen in NRW. Es gibt derzeit keinen wissenschaftlich anerkannten Schwellenwert, ab dem Feinstaub als gesundheitlich unbedenklich eingestuft werden kann. Daher ist jede Belastungsreduzierung ein Gesundheitsgewinn für die Menschen“, sagte Dr. Sibylle Pawlowski, Präsidentin des LANUV.

„Um dies zu erreichen, müssen wir auch in die Mobilität der Zukunft investieren und nicht in die Technologien der Vergangenheit. Nur so können wir die Gesundheitsbelastungen der Menschen reduzieren“, ergänzte Minister Krischer. Daher werde die Landesregierung weiter in den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und des Rad- und Fußverkehrs investieren.

Die absoluten Feinstaubemissionen sind in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich gesunken, was primär der Sanierung von Industrieanlagen und den mit den Umweltzonen eingeführten Partikelfiltern bei Dieselfahrzeugen zu verdanken ist. Gleiches gilt für den Stickstoffoxidausstoß (NO_x) in die Umgebungsluft in Nordrhein-Westfalen.

Die Luftqualitätsbilanz 2022 im Einzelnen:

Stickstoffdioxid (NO₂)

Der Grenzwert für die mittlere Jahresbelastung mit Stickstoffdioxid beträgt 40 Mikrogramm pro Kubikmeter (µg/m³) Luft. Er dient dem Schutz der menschlichen Gesundheit. An 129 von 130 Standorten wurde der Grenzwert im Messjahr 2022 eingehalten. Insgesamt lag im Jahr 2022 die NO₂-Belastung landesweit auf dem Niveau des Vorjahrs.

Einzig an einer Probenahme-Stelle an der Kruppstraße in Essen in direkter Nähe zur Autobahn A40 wurde der Grenzwert weiterhin überschritten. Hier wurde ein NO₂-Jahresmittelwert von 45 Mikrogramm pro Kubikmeter gemessen. Derzeit wird eine Fortschreibung des Luftreinhalteplans vorbereitet, um mit gezielten Maßnahmen die Einhaltung des Grenzwerts in diesem Jahr sicherzustellen.

Feinstaub PM₁₀

Beim Feinstaub werden zwei verschiedene Korngrößen gemessen, Partikel mit einem maximalen Durchmesser von zehn Mikrometern (PM₁₀) und die noch kleinere Feinstaubfraktion mit maximal 2,5 Mikrometern Durchmesser (PM_{2,5}).

Auch bei Feinstaub (PM₁₀) zeigt sich eine ähnliche Belastung wie im Vorjahr. An allen Probenahme-Stellen in Nordrhein-Westfalen wurden die Grenzwerte, wie bereits in den Jahren zuvor, deutlich unterschritten. Neben dem Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter für das Jahresmittel wurde an allen 67 Probenahme-Stellen auch der Tagesmittel-Grenzwert eingehalten. Danach dürfen an einer Probenahme-Stelle maximal 35 Tage pro Kalenderjahr mit einer mittleren Belastung von mehr als 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft auftreten.

Feinstaub PM_{2,5}

Die noch kleineren Partikel der Feinstaubfraktion PM_{2,5} werden an 44 Orten in Nordrhein-Westfalen gemessen. Der europaweit geltende Jahresgrenzwert von 25 Mikrogramm pro Kubikmeter wurde 2022 an allen Messstationen deutlich unterschritten.

Luftqualität in Lüdenscheid

In Lüdenscheid wurde nach der Sperrung der Rahmedetalbrücke zur Überwachung der Luftqualität ein Messcontainer aufgestellt. Seit dem 20.07.2022 wird die Luftqualität in der Lennestraße in Lüdenscheid kontinuierlich überwacht. In den etwa neun

Monaten seit Messbeginn lag die mittlere NO₂-Belastung bei 33 µg/m³, der maximale Ein-Stunden-Mittelwert lag bei 141 µg/m³.

Eine rechtsverbindliche Beurteilung in Bezug auf den Jahresmittelwert ist allerdings nur nach Messung über ein vollständiges Kalenderjahr möglich.

Bei den Feinstaub-PM₁₀-Messungen wurde seit Messbeginn eine mittlere Belastung von 16 µg/m³ gemessen. Der Grenzwert für den Jahresmittelwert liegt bei 40 µg/m³. Weiterhin wurden vom 20.07.2022 bis 31.12.2022 an vier Tagen Werte von mehr als 50 µg/m³ im Tagesmittel gemessen.

Staubinhaltsstoffe Blei, Arsen, Kadmium, Nickel; Benzol und Ozon

Für die gesundheitsrelevanten PM₁₀-Inhaltsstoffe (Verbindungen von Blei, Arsen, Kadmium und Nickel) wurden die Grenz- bzw. Zielwerte landesweit eingehalten. Auch der Zielwert von einem Nanogramm pro Kubikmeter (ng/m³) für den PM₁₀-Inhaltsstoff Benzo[a]pyren (BaP), der als Leitkomponente für polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) dient, wurde landesweit eingehalten.

Beim bodennahen Ozon wurde der Informationsschwellenwert von 180 Mikrogramm pro Kubikmeter (µg/m³) an sieben Tagen überschritten (Vorjahr 3 Tage). Für den Alarmwert von 240 µg/m³ (1-Stunden-Mittelwert an mindestens einer Station pro Tag) für bodennahes Ozon wurde keine Überschreitung festgestellt.

Neue EU-Grenzwerte geplant

Permanente und hohe Belastungen durch Luftschadstoffe wie Stickstoffdioxid und Feinstaub haben deutliche gesundheitliche Folgen und erhöhen das Risiko für Herz-Kreislauf- und Atemwegs-Erkrankungen.

Im Oktober 2022 veröffentlichte die Europäische Kommission daher einen Vorschlag zur Überarbeitung der Luftqualitätsrichtlinie. Die in diesem Entwurf vorgeschlagenen Grenzwerte sollen ab 2030 gelten. Sie sehen nicht nur für NO₂, sondern auch für PM₁₀ eine Halbierung des jetzigen Jahresgrenzwertes auf 20 Mikrogramm pro Kubikmeter und bei PM_{2,5} eine noch deutlichere Absenkung von 25 auf zehn Mikrogramm pro Kubikmeter vor. Darüber hinaus enthält der Vorschlag neue beziehungsweise strengere Grenzwerte für weitere Schadstoffe sowie als weiteres Instrument die Verpflichtung, die Exposition der Bevölkerung mit bestimmten Schadstoffen flächendeckend zu reduzieren. Derzeit werden über die genauen Inhalte des Vorschlags noch Verhandlungen geführt.

Mit diesem Entwurf, insbesondere auch mit den neuen Grenzwerten, wird sich auf Antrag von Nordrhein-Westfalen auch die anstehende Umweltministerkonferenz beschäftigen, die vom 10. bis 12. Mai in Königswinter bei Bonn stattfindet. Nordrhein-Westfalen hat derzeit den Vorsitz der Umweltministerkonferenz inne.

Weitere Informationen:

Jahresbericht und die Jahreskenngrößen beim LANUV unter: <https://www.lanuv.nrw.de/umwelt/luft/immissionen/berichte-und-trends/jahreskenngroessen-und-jahresberichte>

Umweltportal NRW

Umweltdaten aus Nordrhein-Westfalen: Mit dem Umweltportal NRW hat das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr eine zentrale Anlaufstelle für behördliche Daten und Information zum Umweltzustand in Nordrhein-Westfalen geschaffen. Es bietet Zugang zu Hunderten von Webseiten, Messergebnissen, Lageberichten, Witterungsanalysen, Übersichtskarten, Umwelt- und Klimaindikatoren – verbunden mit einer automatischen Abo-Funktion für zahlreiche Themendienste, Hochwasserinformationen, Pegelmeldungen, lokale Luftmessdaten und Lageberichte.

Ministerin Feller: Wir gehen neue Wege, um unsere Schulen bei der Gewaltprävention zu unterstützen

Die aktualisierte und erweiterte Neuausgabe des Notfallordners wird in diesen Tagen an die Schulen verschickt

Das Ministerium für Schule und Bildung hat den Notfallordner zur schulischen Gewaltprävention und Krisenintervention aktualisiert und erweitert. Die Neuauflage wird in diesen Tagen allen Schulen in Nordrhein-Westfalen zugesandt. Erweitert wurde insbesondere der Krisenpräventionsteil, der ab jetzt auch als eigenes Handbuch zur Verfügung gestellt wird und auch online abrufbar ist.

Zur Einführung werden für die Schulleitungen landesweit Informationsveranstaltungen bei den Bezirksregierungen durchgeführt. Schul- und Bildungsministerin Dorothee Feller erklärte: „Das Thema Gewalt betrifft unsere Gesellschaft als Ganzes und damit auch die Schulen. Eine frühe Prävention an Schulen ist das beste Mittel, um Gewalt zu verhindern. ‚Hinsehen und Handeln‘ sind die zentralen Bestandteile einer guten Prävention und Intervention. Mit der Neuauflage des Notfallordners wollen wir unsere Schulen weiterhin gezielt unterstützen. Unsere Schulen müssen sichere Orte sein. Für Gewalt gibt es an unseren Schulen keinen Platz.“

Der gemeinsam mit der Unfallkasse NRW entwickelte Notfallordner „Hinsehen und Handeln“ besteht aus zwei Teilen. Der Interventionsteil enthält eine genaue Ablaufplanung für verschiedene Krisenfälle. Er bleibt den Schulleitungen vorbehalten und ist öffentlich nicht zugänglich. Der Krisenpräventionsteil ist weiterhin fester Bestandteil des Notfallordners, er kann aber in einer erweiterten Fassung in einem zweiten

Schritt als eigenständiges Handbuch mit Handlungsempfehlungen zur Krisenprävention an das schulische Fachpersonal und an die Unterstützungssysteme der Schulen ausgegeben werden, zum Beispiel an Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie an Fachberatungsstellen. Die Präventionsthemen sind so aufbereitet, dass sie ein wichtiges Basiswissen vermitteln. Sie leuchten die Möglichkeiten von Lehrkräften und anderen pädagogischen Fachkräften an Schulen aus, Schülerinnen und Schülern zur Seite stehen zu können, Verantwortung zu übernehmen, aber auch die Grenzen der eigenen Profession zu erkennen. Die Neuauflage des Notfallordners bildet den aktuellen Stand der Forschung ab.

Ministerin Feller: „Mit der Veröffentlichung des neuen Krisenpräventionsteils gehen wir neue Wege. Wir wollen damit möglichst viele Fachleute im Bereich der schulischen Krisenprävention erreichen und die Präventionsarbeit weiter stärken. Eine gute Präventionsarbeit hilft dabei, sich auf große und kleine Krisen in unseren Schulen gut vorzubereiten und dadurch den Schutz für alle Schülerinnen und Schüler zu erhöhen. Alle schulischen Teams für Beratung, Gewaltprävention und Krisenintervention sollten sich mit dem neuen Notfallordner intensiv beschäftigen, Vorsorge treffen und sich darüber im Kreis der Kolleginnen und Kollegen austauschen, damit unsere Schulen sichere Orte sind.“ Die schulischen Teams für Beratung, Gewaltprävention und Krisenintervention stehen Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften bei der Prävention von Gewalt zur Seite. Sie erhalten Unterstützung durch die Schulpsychologie und die Schulsozialarbeit.

Geschäftsführerin der Unfallkasse NRW Gabriele Pappai: „Wie sind der Überzeugung, dass der Notfallordner mit seinen beiden Teilen konkrete Hilfe für die Prävention von krisenhaften Situationen aller Art und Handlungsempfehlungen und Hinweise zum richtigen Handeln in komplexen Schadenslagen und Krisensituationen gibt. Für mich als Geschäftsführerin der Unfallkasse ist daher gerade vor dem Hintergrund möglicher Krisensituationen die Leitidee der Guten gesunden Schule besonders zielführend. Sicherheit, Gesundheit und das Gefühl, gut aufgehoben zu sein, stärken die Aneignung von Kompetenzen und wirken sich förderlich auf Lehr-Lern-Prozesse aus. Krisen und Störungen hingegen belasten das Lernen und Arbeiten. Daher ist gerade die Stärkung der psychischen Gesundheit aller schulischen Akteurinnen und Akteure besonders wichtig. Die Schulpsychologischen Beratungsstellen in NRW leisten dabei eine wichtige Unterstützung für die Schulen. Wir unterstützen sie seit vielen Jahren.“

Die Landesregierung geht gemeinsam mit den kommunalen Schulträgern entschieden gegen Gewalt an Schulen vor. Grundlage dieser Arbeit ist der Runderlass [Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung der Jugendkriminalität](#) des Innenministeriums, des Familienministeriums, des Arbeitsministeriums, des Schulministeriums und des Justizministeriums vom November 2019.

Zur Stärkung der Prävention und Intervention wurden die Schulpsychologie und die Schulsozialarbeit in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut. Auf Grundlage der

einschlägigen Erlasse wird die Schulsozialarbeit insgesamt mit über 1.600 landeseigenen Stellen dauerhaft am Ort Schule gewährleistet. Über die Landesförderung Schulsozialarbeit werden den Kommunen darüber hinaus jährlich 57,7 Millionen Euro vom Land zur Anstellung von qualifizierten Fachkräften an Schulen zur Verfügung gestellt. Außerdem stellen auch die kommunalen Schulträger über 1.200 Vollzeitstellen für die Schulsozialarbeit zur Verfügung.

Neben der Schulsozialarbeit ist auch die Schulpsychologie mit ihren vielfältigen Beratungs- und Unterstützungsangeboten eine wichtige Anlaufstelle für die Schulen in Nordrhein-Westfalen. In jedem Kreis bzw. kreisfreien Städten gibt es einen schulpsychologischen Dienst. Gemeinsame Träger dieser Dienste sind das Land und die jeweilige Kommune mit insgesamt 464 Stellen für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen. Davon befinden sich 289 Stellen im Landesdienst und 175 Stellen im kommunalen Dienst. Die Landesregierung hatte in den Jahren 2020 und 2021 insgesamt 100 neue Stellen für die Schulpsychologie geschaffen.

Abschließend erklärte Schul- und Bildungsministerin Dorothee Feller: „In einer demokratischen Gesellschaft müssen Konflikte friedlich ausgetragen werden. Das müssen wir den jungen Menschen immer wieder neu vermitteln. Diese Werte- und Demokratiebildung ist mir auch persönlich ein besonders wichtiges Anliegen. Das Ministerium für Schule und Bildung befindet sich in einem engen Austausch mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, um gemeinsam zu erörtern, ob die in Nordrhein-Westfalen bereits ergriffen Maßnahmen zur Gewaltprävention und Intervention ausreichend sind. Wir werden die weiteren Entwicklungen aufmerksam beobachten.“

Das Präventionshandbuch finden Sie [hier](#).

403 Cold Cases werden aufgerollt

Innenminister Reul: Auch wenn die Verbrechen noch so lange her sind, keiner der Täter sollte sich in Sicherheit wähnen

23 ehemalige Polizisten und eine Polizistin haben seit November 2021 in ungeklärten Mord- und Tötungsdelikten der vergangenen rund 50 Jahre – den sogenannten Cold Cases – ermittelt. Das Projekt des Landeskriminalamtes (LKA) und die dazu eingerichtete Besondere Aufbauorganisation (BAO) sind nun ausgelaufen. Die Ergebnisse der Cold Case-Ermittler werden die nordrhein-westfälische Polizei hingegen noch weiter beschäftigen.

1143 Cold Cases, die es seit 1970 in Nordrhein-Westfalen gibt, haben die besonders qualifizierten Polizistinnen und Polizisten unter die Lupe genommen. Hierbei ging es

darum, zu bewerten, ob die bislang ungeklärten Fälle mit Kriminaltechnik von heute, mit neuen Ermittlungsmethoden, mithilfe veränderter Rechtsgrundlagen, oder auch dank neuer Hinweise aus der Bevölkerung aufgeklärt werden können. Minister Herbert Reul erklärt das Vorgehen anschaulich: „Unsere Ermittler reisen quasi in einer Zeitkapsel – bewaffnet mit kriminaltechnischem Besteck von 2023 – zurück in das Jahr der Tat.“ In 403 Fällen sehen die Polizisten gute Chancen, dass die Täter nach erneuten Ermittlungen gefasst werden können.

Herbert Reul bilanzierte zusammen mit dem Leiter des LKA, Ingo Wunsch, und dem Chef der BAO Colin B. Nierenz das Projekt „Cold Cases“: „Zwar ist das Projekt beendet, die Arbeit nimmt aber jetzt erst richtig Fahrt auf. „Phase Zwei“ hat nun begonnen. In dieser Phase wird das Erfolgsmodell der BAO fortgesetzt, indem den Kriminalhauptstellen ebenfalls pensionierte Expertinnen und Experten, sogenannten Senior Experts, zur Verfügung stehen werden. Auch hier kann langjähriges Wissen und kriminalpolizeiliche Erfahrung in die Ermittlungen eingebracht werden. Die Früchte, die unsere Alt-Ermittler in der ersten Phase gesät haben, können bald geerntet werden. Da bin ich ganz sicher. Auch wenn die Verbrechen noch so lange her sind, keiner der Täter sollte sich in Sicherheit wähnen.“

Auch Ingo Wunsch zeigte sich hoch erfreut über die Ergebnisse der BAO „Cold Cases“: „Es erfüllt mich mit Stolz, dass die Idee zu dieser besonderen ‚Aufklärungsaktion‘ hier in meinem Haus, im Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, geboren wurde. Die Idee war und ist getrieben von dem unbedingten Aufklärungswillen aller Beteiligten. Das Projekt haben wir beendet – nicht so unsere Arbeit an den Cold Cases. Wir bleiben dran!“

Das Projekt startete im November 2021 und war damals deutschlandweit das erste seiner Art. Im vorangegangenen Sommer 2021 hatte das LKA begonnen, nach pensionierten Polizisten zu suchen, um die Ermittlungen bei ungeklärten Tötungsdelikten neu zu bearbeiten. 24 Alt-Ermittler traten den Dienst an. Bevor es an die Akten ging, hatten die ehemaligen Polizisten eine vom LKA konzipierte Auffrischungswoche durchlaufen. In dieser wurden sie über neue Ermittlungsmethoden unterrichtet und in die Bearbeitungsstruktur eingewiesen. Die Ermittler und die Ermittlerin sind zwischen 62 und 65 Jahre alt und haben unterschiedliche Hintergründe als ehemalige Todesermittler, Kommissariatsleiter, Vermisstensachbearbeiter oder als Experten der Kriminaltechnik.

Minister Reul bedankte sich für die Arbeit bei den Pensionierten: „Sie haben ihren wohlverdienten Ruhestand unterbrochen, ihrer Familie erneut etwas zugemutet, und sich grausamen Kapitalverbrechen gewidmet. Mit endlosem Tatendrang, mit jugendlicher Neugier, haben die alten Hasen sich nochmal hingesezt und gegraben. Old but gold. Das sind Sie. Danke für Ihren Einsatz!“

Aufgabe war es, sich einen Überblick über den aktuellen Ermittlungsstand zu verschaffen, Akten zu digitalisieren, Asservate zu begutachten, Aufklärungschancen zu

erkennen und Ermittlungskonzepte zu erarbeiten. Sofern sich neue Ermittlungsansätze ergeben, übernimmt jeweils die örtlich zuständige Kriminalpolizei die weitere Fallbearbeitung und schließlich entscheidet die zuständige Staatsanwaltschaft über die weiteren Ermittlungen. Bereits während die Cold Cases gesichtet wurden, konnten sechs Fälle aufgeklärt werden.

Cold Case-Ermittler Franz Wirges zeigt sich zufrieden mit den Ergebnissen der BAO: „Ich bin dankbar dafür, dass ich die Möglichkeit hatte, meine jahrzehntelange Erfahrung und meine Expertise in die Waagschale zu werfen. Zusammen mit neusten Ermittlungsmethoden und modernster Technik war das der Schlüssel zum Erfolg.“

Franz Wirges war mitverantwortlich für den Ermittlungsdurchbruch in der Mordkommission (MK) Mirow. Im Jahr 1987 kam es zu einem versuchten Raubmord in Köln-Ehrenfeld. Der mutmaßliche Täter wurde nun gefasst.

Mittelstand Innovativ & Digital: Land stärkt Fokus auf Digitalisierung, Ressourceneffizienz und Nachhaltigkeit

Ministerin Neubaur: Wir unterstützen Zukunftsinvestitionen, damit kleine und mittlere Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben

Nach mehr als 4.000 erfolgreich geförderten Projekten seit 2020 richtet das Land sein Förderprogramm Mittelstand Innovativ & Digital (MID) neu aus. Um kleine und mittlere Unternehmen in Nordrhein-Westfalen noch gezielter bei Vorhaben zur Digitalisierung und für mehr Ressourceneffizienz zu unterstützen, hat das Wirtschaftsministerium die drei Programmbausteine MID-Assistent/in, MID-Digitale Sicherheit und MID-Digitalisierung angepasst und teilweise um neue Förderangebote erweitert. Unternehmen können ab sofort Anträge für die überarbeiteten Teilprogramme stellen.

Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur: „Um wettbewerbsfähig zu bleiben, kommt es für kleine und mittlere Unternehmen darauf an, gleichermaßen die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, ihre Cybersicherheit zu stärken und Energie und Ressourcen nachhaltig einzusetzen. Mit umfassenden Förderangeboten unterstützen wir Betriebe in Nordrhein-Westfalen dabei, Zukunftsinvestitionen schneller umzusetzen. Dafür entwickeln wir unser gut nachgefragtes Förderprogramm Mittelstand Innovativ & Digital weiter und gehen mit angepassten Konditionen noch gezielter auf aktuelle Anforderungen der Unternehmen ein.“

Die wichtigsten Änderungen im Überblick:

MID-Assistent/in

Kleine Unternehmen erhalten nun auch eine Förderung für die Einstellung von Hochschulabsolventeninnen und -absolventen, die projektbezogen die Ressourcen- und Energieeffizienz im Unternehmen erhöhen und den Einsatz von klimaverträglichen Technologien vorantreiben. Geförderte Projekte können etwa die Langlebigkeit von Produkten erhöhen und zirkuläre Wertschöpfungsketten stärken. Zusätzlich wird die Fördersumme um 3.000 Euro erhöht.

MID-Digitale Sicherheit

Kleine und mittlere Unternehmen erhalten die Möglichkeit, die Projektlaufzeit auf drei Monate zu verkürzen und ihre Vorhaben somit noch schneller umsetzen. Außerdem werden über das Teilprogramm nun auch Hard- und Software für Firewalls sowie Patch-Management-Software gefördert.

MID-Digitalisierung

In einem zusätzlichen Förderschwerpunkt können Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen nun auch Unterstützung für die Digitalisierung von Prozessen erhalten. Das Land fördert die Anschaffung branchenspezifischer Hard- und Software wie etwa CAD-Programme, aber auch Software zum Dokumentenmanagement und Enterprise-Resource-Planning-Software. Damit werden die wichtigsten Fördermöglichkeiten des Ende 2022 beendeten Teilprogramms MID-Invest in den Baustein MID-Digitalisierung überführt.

Die Förderquoten bleiben mit 80 Prozent für Kleinst- und kleine Unternehmen sowie 60 Prozent für mittlere Unternehmen in allen Teilprogrammen unverändert. Einen vollständigen Überblick über die neuen Fördergegenstände erhalten Sie unter www.mittelstand-innovativ-digital.nrw.

Staatssekretärin Milz übergibt Zuwendungsbescheide im Rahmen der Digitalisierungsoffensive für gemeinnützige Sportorganisationen in Nordrhein-Westfalen

Mit einer Förderung von 30 Millionen Euro aus dem Programm REACT-EU der Europäischen Union hat die Landesregierung eine Digitalisierungsoffensive für den Breitensport gestartet. Insgesamt wurden mehr als 200 Anträge eingereicht. Mit den Mitteln sollen gemeinnützige Sportorganisationen ihre digitalen Infrastrukturen ausbauen. Stellvertretend für die verschiedenen Sportorganisationen haben der Deutsche Hockey-Bund als Bundesfachverband, der Kanu-Verband Nordrhein-Westfalen als Landesfachverband, der Landessportbund Nordrhein-Westfalen als Träger von Verbandssportschulen sowie der Stadtsportbund Leverkusen als Repräsentant für

die Weiterleitungen an die jeweiligen Sportvereine am 03. Mai 2023 die Zuwendungsbescheide von Andrea Milz, Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt des Landes Nordrhein-Westfalen, erhalten.

Andrea Milz, Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt des Landes Nordrhein-Westfalen zeigt sich erfreut über die positive Resonanz: „Ich freue mich, dass durch die Förderung zur Digitalisierung von gemeinnützigen Sportorganisationen die bereits begonnenen Bemühungen der Modernisierung in Nordrhein-Westfalen nun zielgenau ergänzt werden. Dass dieses Programm genau zum richtigen Zeitpunkt kam, zeigt die große Zahl der Antragseingänge. Die den jeweiligen Kreis- und Stadtsportbünde zur Verfügung stehenden Fördermittel sind vielerorts um ein Vielfaches von den Sportvereinen überzeichnet worden. Dies zeigt den enormen Bedarf bei der Digitalisierung des Sports, der durch das Digitalisierungsprogramm für gemeinnützige Sportorganisationen ein Stück weit gemildert wird.“

Mit den Investitionen sollen auch die ehrenamtlichen Strukturen gestärkt und die Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Sport verbessert werden. Im Einzelnen können die Sportvereine und Sportorganisationen neben der Anschaffung von Laptops, Tablets, digitalen Smartboards oder Videokonferenzsystemen zum Beispiel auch in eine energetisch nachhaltige digitale Steuerungstechnik für Sporthallen und Vereinsgebäude investieren.

Zum Hintergrund:

Die Förderung wird von der Europäischen Union als Teil des Aufbauprogramms „REACT-EU“ (Recovery Assistance for Cohesion and the Territories of Europe) finanziert. Ziel des Programms ist es, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie abzumildern sowie eine grüne, digitale und stabile Erholung der Wirtschaft zu unterstützen. Insgesamt stellt die Europäische Union dafür 260 Millionen Euro zusätzlich im Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in Nordrhein-Westfalen bereit.

Weitere Informationen finden Sie unter <https://www.efre.nrw.de/wegezur-foerderung/react-eu/digitalisierung-gemeinnuetzigersportorganisationen-in-nrw/>